Editorial

Wolfgang Berens

© Springer-Verlag 2011

Standen im letzten Themenheft der Zeitschrift für Planung und Unternehmenssteuerung (ZP) mit dem BilMoG Veränderungen im Rahmen der normierten externen Rechnungslegung im Mittelpunkt, so widmet sich dieses Themenheft der freiwilligen Unternehmenspublizität. Obwohl die freiwillige Unternehmenspublizität keine grundsätzlich neue Form der Kommunikation mit Unternehmensexternen ist, war in den vergangenen Jahren ein deutlicher Bedeutungszuwachs in Publizitätspraxis und wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit derselben zu beobachten. Die große Breite der dabei untersuchten Forschungsfragen spiegelt sich in den sechs Beiträgen dieses Heftes wider.

Im ersten Beitrag ordnen *Knauer/Wöhrmann* die wesentlichen Beiträge zur freiwilligen Unternehmenspublizität insbesondere des deutschen Sprachraums in einen konzeptionellen Bezugsrahmen ein, um so einen Überblick über den Status quo der Forschung zu geben. Da in der Forschung insbesondere die Kapitalmarktrelevanz verringerter Informationsasymmetrie als Ziel von „Voluntary Disclosure“ genannt wird, konzentrieren sich die Autoren dabei auf die Rahmenbedingungen, Charakteristika und die Konsequenzen für den Kapitalmarkt. Schließlich zeigt der Beitrag auch das große Spektrum noch unbeantworteter Forschungsfragen auf, wie beispielsweise die Bedeutung der freiwilligen Unternehmenspublizität für andere Stakeholder als Investoren.

Die zwei folgenden Beiträge konzentrieren sich – wenn auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Forschungsfragen – auf die Berichterstattung über immaterielle Güter. So untersuchen *Schiemann/Richter/Günther* die Berichterstattung der DAX30-Unternehmen über Intellectual Capital im Rahmen von Roadshows und Investorenkonferenzen. Dabei stellen sie fest, dass bei dieser Kommunikationsform ein

W. Berens (✉)

Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, Deutschland
e-mail: control@uni-muenster.de

besonderer Schwerpunkt auf der Berichterstattung über Kunden-, Human- und Prozesskapital liegt. Für diese drei Kategorien immaterieller Werte ermitteln die Autoren die höchsten Werte für einen qualitativen und einen quantitativen Berichts-Index. Die Ergebnisse der Untersuchung würdigen sie vor dem Hintergrund des unternehmensindividuellen Kosten-Nutzen-Kalküls der Berichterstattung über immaterielles Vermögen.

Auch *Brühl/Osann* untersuchen die freiwillige Berichterstattung über immaterielle Werte. Dabei gehen sie der Frage nach, wie sich die recht heterogene Berichterstattung über immaterielle Werte im Lagebericht theoretisch fundiert begründen lässt. Hierzu wird ein Erklärungsmodell auf der Basis von Stakeholdertheorie und Neoinstitutionalismus präsentiert. Als Argumentationsbasis greifen die Autoren auf die Ergebnisse teilstandardisierter Experteninterviews zurück.

Köhler/Junc adressieren den Zusammenhang zwischen der Qualität von Corporate-Compliance-Systemen und der Höhe der Eigenkapitalkosten. Es gelingt, im Rahmen eines Strukturgleichungsmodells einen signifikant negativen Einfluss der Berichterstattung über normenkonformes Verhalten auf die Eigenkapitalkosten im Folgejahr nachzuweisen. Die Studie basiert auf einer umfassenden Analyse der Geschäftsberichte und Websites von 136 kapitalmarktorientierten deutschen Unternehmen, um die Corporate-Compliance-Berichterstattungsqualität mit Hilfe eines Scoring-Modells unternehmensspezifisch zu bestimmen.

Albers/Günther gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Faktoren die Veröffentlichung des fakultativen Nachhaltigkeitsberichts beeinflussen. Auf Basis der Unternehmen des STOXX Europe 600 kommen sie zu dem Ergebnis, dass insbesondere nachhaltig wirtschaftende Unternehmen einen Anreiz haben, über ihr Engagement zu berichten. Weitere wichtige Einflussfaktoren sind die Größe und die mediale Sichtbarkeit des Unternehmens. Die Kenntnis darüber, welche Unternehmen einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen, ist nicht nur wichtig für die Standardsetter freiwilliger Berichterstattung, sondern kann auch zu der Diskussion beitragen, ob für bestimmte Elemente der freiwilligen Berichterstattung eine Berichtspflicht gelten sollte.

Lammert/Watrin/Zeisberger untersuchen im Rahmen einer Befragung von Aktienanalysten und Asset Managern, ob die in anderen empirischen Untersuchungen beobachtete Präferenz der Punktschätzung gegenüber anderen Formen der Präzision von Managementprognosen auch für professionelle Investoren gilt. Dabei gelangen sie zu dem interessanten Ergebnis, dass professionelle Investoren Intervallprognosen den Punktprognosen vorziehen. Weiter stellen sie fest, dass sich eine komparative Aussage und eine Punktschätzung aus der Sicht professioneller Kapitalmarktteilnehmer nicht unterscheiden.

Münster, im Dezember 2010

Wolfgang Berens